

„Es geht darum, die Menschenwürde der Opfer zu achten.“

Interview zu würdigem Gedenken und konkreter Solidarität

Am 29. April 2000 wird in Halberstadt der 60-jährige Helmut Sackers von einem 29-jährigen Naziskin im Treppenhaus eines Plattenbaus in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) erstochen. Der engagierte Sozialdemokrat hatte zuvor die Polizei gerufen, weil der spätere Täter Andreas S. lautstark Nazimusik, darunter das "Horst-Wessel-Lied", abgespielt hatte. Bei der Durchsuchung der Wohnung von S. findet die Polizei mehr als 80 Nazi-CDs, Videos mit Aufrufen zum Mord an politischen Gegnern und 90 neonazistische Propagandahefte. Im November 2000 spricht das Landgericht Magdeburg Andreas S. nach nur fünf Verhandlungstagen in erster Instanz wegen "Notwehr" vom Vorwurf der „Körperverletzung mit Todesfolge“ frei. Im Prozess kommen die politischen Hintergründe der Tat nicht zur Sprache. Völlig überrascht und geschockt vom Freispruch des Täters wenden sich Heide Dannenberg, die Lebensgefährtin von Helmut Sackers und seine Familie, dann an den Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck. Ihm gelingt es, im Juli 2001 beim Bundesgerichtshof die Aufhebung des Freispruchs zu erwirken.

Der 4. Senat des Bundesgerichtshofs verweist den Fall zur erneuten Verhandlung ans Landgericht Halle. Im Gegensatz zum erstinstanzlichen Prozess werden Heide Dannenberg und die Kinder von Helmut Sackers nun durch die Mobile Opferberatung und vielen anderen Menschen unterstützt. Doch trotz erdrückender Widersprüche und Beweise spricht das Landgericht Halle den Angeklagten Andreas S. nach achtmonatiger Hauptverhandlung im Mai 2005 dann erneut frei. Bei den vier Messerstichen gegen das 30 Jahre ältere und erkrankte Opfer habe es sich um einen "intensiven Notwehrexzess" gehandelt. Die Staatsanwaltschaft hatte sechseinhalb Jahre Haft für Andreas S. wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge gefordert. Allerdings lobt der Vorsitzende Richter Helmut Sackers ausdrücklich für seine Zivilcourage.

Die Mobile Opferberatung sprach mit Heide Dannenberg im Vorfeld des Auftakts der „Kampagne für ein würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt“.

Nachdem die rassistische Mordserie des NSU bekannt geworden ist, was war Ihre erste Reaktion?

Die erste Reaktion war erst einmal Erschrecken, dass niemand diese Mordserie vorher erkannt hat oder erkennen wollte. Und noch schlimmer fand ich, dass die Getöteten alle Opfer waren, bei denen noch nicht einmal eine Auseinandersetzung mit den Neonazis des NSU vorausgegangen war, sondern dass diese neun Kleinunternehmer türkischer und griechischer Herkunft nur aufgrund ihrer realen oder vermeintlichen anderen Staatsangehörigkeit, aufgrund ihres „Andersseins“ zu Opfern des neonazistischen Terrors geworden sind. Genauso geschockt war ich darüber, dass von den Behörden überhaupt keine Zusammenhänge hergestellt wurden bis zur Selbstenttarnung des NSU. Und für mich war daran noch weitaus erschreckender, dass man ja zur Polizei, zu anderen Institutionen fast kein Vertrauen haben kann, weil es möglich gewesen ist über diese vielen Jahre, dass die NSU-Mordserie nicht aufgeklärt worden ist. Das finde ich sehr erschreckend und eigentlich auch nicht zu glauben, dass dies ein Zufall sein soll.

Und die zweite Reaktion für mich war, ob jetzt bei aller medialen Aufmerksamkeit und bei alledem, bei manchen Leuten waren es ja zehn Jahre, zwölf Jahre her, dass die Angehörigen der Getöteten hoffentlich in dem Gerichtsverfahren gegen Beate Zschäpe nicht so schlimme Enttäuschungen erleben müssen wie ich sie von der Justiz in Sachsen-Anhalt erlebt habe.

Die Mobile Opferberatung plant ab Mitte des Jahres eine Kampagne für ein würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Damit wollen wir eine nachhaltige Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und ihrer tödlichen Dimension vor Ort befördern. Ist es für Sie als Angehörige eigentlich belastend, dass die Umstände des Todes von Helmut Sackers nach mehr als zwölf Jahren nochmals öffentlich thematisiert werden sollen?

Ich bin froh darüber, dass Helmut nicht vergessen ist. Denn ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass mein verstorbener Lebensgefährte an diesem Abend alles richtig gemacht hat: Nachdem wir das Horst-Wessel-Lied aus der Nachbarwohnung gehört haben, haben wir die Polizei informiert, dass im Haus Nazimusik gespielt worden ist. Und ich bin davon überzeugt, dass alle Opfer rechter Gewalt – unabhängig davon, ob sie offiziell anerkannt werden oder nicht – getötet wurden, weil sie in irgendeiner Form in die Feindbilder der Rechten gepasst haben: Entweder hatten sie den Mut, Neonazis und Rassisten entgegen zu treten – so wie es Helmut gemacht hat – oder sie waren Migrant_innen oder Wohnungslose. Wir sollten gerade in der heutigen Zeit – wo die Existenz rechter und rassistischer Gewalt und ihre tödliche Dimension immer noch verkannt oder geleugnet wird – nicht müde werden darauf hinzuweisen, dass es heute eben diese Opfer rechter und rassistischer Gewalt auch noch gibt. Wir sollten den Opfern das Gedenken geben, das sie verdient haben.

Ziel der Kampagne ist es auch, Pat_innen – also Einzelpersonen, Bündnisse und Initiativen – zu finden, die sich vor Ort engagieren – indem sie Veranstaltungen organisieren oder Orte des Gedenkens gestalten. Warum sollte man diese Kampagne unterstützen?

Ich hoffe sehr, dass viele Menschen diese Initiative unterstützen, weil sie ein Zeichen dafür ist, gemeinsam etwas gegen rechts zu tun. Und da sind wir alle gefordert – jede und jeder in ihrem oder seinem Bereich.

Was wäre aus Ihrer Sicht im Sinne der Angehörigen oder auch Freund_innen der Getöteten dabei wichtig?

Ich als Angehörige würde vielleicht mehr zur Ruhe finden, wenn ich wüsste, dass die Zivilcourage, die Helmut gezeigt hat und die letztendlich zu seinem Tod geführt hat, nicht vergessen wird – sondern vielen Menschen in Erinnerung gerufen wird. Für mich wäre der Abschluss des Strafprozesses gegen den Täter, der ja wegen „intensivem Notwehrexzess“ freigesprochen wurde, vielleicht leichter zu akzeptieren, wenn es öffentlich eine Möglichkeit des Gedenkens gibt. Zudem gibt es ja eine Reihe von Todesopfern rechter Gewalt, die keine Angehörigen haben, die an ihr Schicksal erinnern können. Und dann gibt es Angehörige, die keine Möglichkeiten hatten, den Verlust ihres Kindes oder ihres Vaters zu verarbeiten. Auch deshalb ist die jetzige Initiative so wichtig.

Im Rahmen der Kampagne sollen u.a. in Quedlinburg, Obhausen oder Halberstadt Orte des Gedenkens für die Todesopfer rechter Gewalt geschaffen werden. Welche Vorstellung verbinden Sie damit?

Jedes Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt hat eine Anerkennung und Achtung seiner Menschenwürde verdient. Das halte ich für ganz wichtig. Ich hoffe, dass die Menschenwürde der Opfer damit geachtet wird, wenn ein Gedenkort entsteht. Und ich würde mir wünschen, dass viele Menschen motiviert werden, die Möglichkeit zum Gedenken wahrzunehmen und vielleicht die Botschaft daraus für sich mitnehmen, dass man – oder frau – als Demokrat oder Demokratin einfach Zivilcourage zeigen muss.

Die Mobile Opferberatung will mit der Kampagne ja explizit auch erreichen, dass Opfer rechter Gewalt, dort wo sie leben, mehr Solidarität und Unterstützung erfahren und dass das Thema rechte Gewalt nicht verschwiegen oder geleugnet wird.

Ich glaube daran, dass man sich mit den Opfern solidarisch zeigen muss. Und dass man ihnen damit auch Kraft gibt, an ihrem Schicksal nicht zu verzweifeln. Das ist das, was ich erleben durfte und was mir auch sehr geholfen hat, das Leben weiter anzunehmen. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich mir nur sehr wünschen, dass man nicht nur über die Opfer von rassistischen oder rechten Angriffen spricht, sondern auch zu den Betroffenen hinget und sich konkret solidarisch zeigt. Zum Beispiel, dass man, wenn man Berührungspunkte hat durch Freunde oder Nachbarn auf die Opfer zugeht und einfach da ist und hilft.

Und immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, dass es so etwas gegeben hat und weiterhin gibt und man etwas dagegen tun muss. Dass man sich nicht zurückzieht aus den politischen Auseinandersetzungen. Und dass man den Mut hat, wenn man Beobachtungen macht, wenn man etwas wahrnimmt, dagegen anzugehen. In entsprechender Form, sich nicht selber in Gefahr bringt. Aber eben einfach dazu steht und nicht andere machen lässt.

Was hätten Sie sich nach dem Tod von Helmut Sackers am dringendsten gewünscht – zum einen von Seiten der Initiativen, aber auch von politisch Verantwortlichen und von Polizei und Justiz?

Wenn ich an den Abend denke, an dem die Tat passiert ist, das treibt mir immer noch Tränen in die Augen. Ich habe mich in meinem ganzen Leben noch nie so hilflos gefühlt. Ich musste mir meine Hilfen innerhalb der Familie alleine holen. Wir haben eigentlich gar nicht richtig erfassen können, was passiert ist. Ich wusste zwar, dass mein Lebensgefährte tot ist, aber die Zusammenhänge habe ich eigentlich noch gar nicht erkannt. Und mir hat auch an diesem Abend niemand erklärt, was passiert ist. Meine Kinder und ich mussten alleine an dem Tatort vorbeigehen und haben die Blutlache gesehen. Dieses Bild habe ich nach wie vor in meinem Kopf. Und am nächsten Morgen hätte ich mir einfach gewünscht, dass ich Unterstützung bekomme, wie ich die Familie meines Lebensgefährten und seine drei Kinder aus erster Ehe benachrichtige, die in Nordrhein-Westfalen lebten.

Und ich hätte mir gewünscht, dass mir jemand erklärt hätte, welche Schritte ich nun gehen muss, was ich einleiten muss, welche rechtlichen Schritte, welche Unterstützung und Begleitung in Gerichtsprozessen für Angehörige vorhanden sind. Denn ich hatte in meinem Leben bis zum Tod von Helmut Sackers noch nie mit der Justiz zu tun gehabt, ich wusste vor dem erstinstanzlichen Verfahren nichts über die Möglichkeit von Angehörigen, als Nebenklägerin aktiv an den Ermittlungen und am Prozess beteiligt zu sein. Heute weiß ich, dass es den allermeisten Angehörigen von Todesopfern rassistischer und rechter Gewalt ganz genauso ergangen ist bzw. ergeht wie mir damals. Umso notwendiger ist es, dass die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt überall eingerichtet werden – auch in Westdeutschland – und ihre Unterstützungsmöglichkeiten und -angebote auch breit bekannt werden.

Wenn Sie jetzt an das Revisionsverfahren denken vor dem Landgericht Halle, was ist da aus Ihrer Sicht anders gelaufen, im Vorfeld und auch während des Prozesses?

Dieses zweite Verfahren ist ja eigentlich nur zustande gekommen, weil jugendliche Unterstützer_innen aus der ZORA nach dem Freispruch für den Täter beim Landgericht Magdeburg auf mich zugekommen sind und mir ihre Hilfe angeboten, mir Wege abgenommen und Kontakt zu dem Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck gemacht haben, der dann das Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof eingeleitet und gewonnen hat. Dafür bin ich nach wie vor sehr dankbar, dass diese Jugendlichen mit ihrer Unterstützung auf mich zugekommen sind. Im Vergleich zu dem erstinstanzlichen Prozess in Magdeburg hatte ich dann beim Landgericht Halle den Eindruck, dass alle Abläufe viel intensiver hinterfragt worden

sind, auch noch andere Gutachter hinzugezogen wurden und sich das Gericht sehr intensiv mit der Tat auseinandergesetzt und sehr gründlich die Beweisaufnahme geführt hat. So sind in dem Prozess eben auch viele Lügen des Angeklagten und auch von den Zeugen aufgedeckt worden, die den Angeklagten unterstützt haben. Und das hatte mir eigentlich im Verlaufe des Prozesses, den ich ja an allen Verhandlungstagen im Gerichtssaal verfolgt hatte, die Hoffnung gegeben, dass es doch zu einer Verurteilung des Täters kommt.

Besonders wichtig fand ich in der zweiten Instanz am Landgericht Halle: Ich hatte Menschen an meiner Seite, die mich nicht allein gelassen haben und die mich unterstützt haben. So dass ich dieses Gefühl, ganz alleine zu sein mit dem Verlust meines Lebensgefährten und mit dem juristischen Verfahren in Halle nicht mehr hatte. Diese Solidarität bewegt mich noch heute. Ich kann mich auch noch an ganz viele Menschen erinnern, die aus Halberstadt als Besucher_innen nach Halle gekommen sind, um mich auch tageweise in diesem Prozess zu begleiten. Manche von ihnen hatte ich seit Jahren nicht gesehen und war wirklich erstaunt, dass sie auf einmal mit im Gerichtssaal saßen, die öffentliche Darstellung sehr genau verfolgt haben und auch zum Ausdruck gebracht haben, dass diese Tat einfach verurteilt werden muss!

Solidarität ist ja ein wichtiges Stichwort: Was können Ihrer Meinung nach Menschen, die sensibel für Rassismus oder für rechte Gewalt sind, im NSU-Komplex für die Angehörigen und Freund_innen der NSU-Mordopfer tun?

Ich glaube daran, dass man sich mit den NSU-Opfern solidarisch zeigen muss. Und dass man ihnen damit auch Kraft gibt, an ihrem Schicksal nicht zu verzweifeln. Ich durfte diese Unterstützung, diese Solidarität und das Sprechen über den Verlust erleben. Das hat mir ganz viel Kraft gegeben, das Leben weiter anzunehmen. Und das würde ich mir für die Angehörigen der NSU-Opfer einfach auch wünschen – dass sie diese Solidarität von vielen Menschen erhalten.

Aus den Berichten der Medien und den Interviews mit den Angehörigen der NSU-Mordserie wird ja deutlich, dass sie selber noch unter Verdacht der Mittäterschaft gestellt wurden und dass die Art der Ermittlungen die Familien massiv traumatisiert und verletzt hat. Umso wichtiger ist es, dass wir alle immer wieder den Finger in die Wunde legen und darauf hinweisen, dass es Rassismus und rechte Gewalt gibt, dass man etwas dagegen tun muss und man sich auch nicht zurückziehen sollte aus den politischen Auseinandersetzungen. Und ich hoffe, dass viele Menschen den Mut haben, wenn sie Zeuge oder Zeugin eines rechten Angriffs werden oder neonazistische Aktivitäten beachten, dagegen dann anzugehen – indem man die Mobile Opferberatung informiert oder ein Mobiles Beratungsteam oder eben einfach die Betroffenen direkt anspricht.

Vielen Dank für das Gespräch